

standpunkt

127

vpod  bern mai 2015



Baustellen im Gesundheits- und Sozialwesen

3, 4, 5

In diesem *standpunkt* sind sieben Baustellen im Gesundheits- und Sozialwesen kurz zusammengefasst. An unserer Hauptversammlung wollen wir mit Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud diskutieren, wie es auf diesen Baustellen weitergehen soll.

Initiative zu Prämienverbilligungen

2

Nach dem Referendum ist nun auch die Initiative «Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen» gestartet worden. Unterschriftenbogen sind diesem *standpunkt* beigelegt. Helfen Sie mit, den schamlosen Sozialabbau zu stoppen.

Spitex-Chef beim vpod

6

Aus Sicht der Mitarbeitenden vergiften die neuen individuellen Produktivitätsziele das Klima bei der Spitex Bern. Der Spitex-Geschäftsführer besuchte die *vpod*-Veranstaltung und erklärte die Gründe.



Schamlosen Sozialabbau stoppen

Der Kanton Bern hat bei den Prämienverbilligungen mit 52 Mio. Franken mehr als doppelt so viel gespart wie vom Grossen Rat beschlossen. Nun zeigt sich, dass der Kanton Bern bei den Prämienverbilligungen im gesamtschweizerischen Vergleich bereits vor den Sparmassnahmen auf dem letzten Platz lag. Umso wichtiger ist die neue Initiative gegen den Sozialabbau.

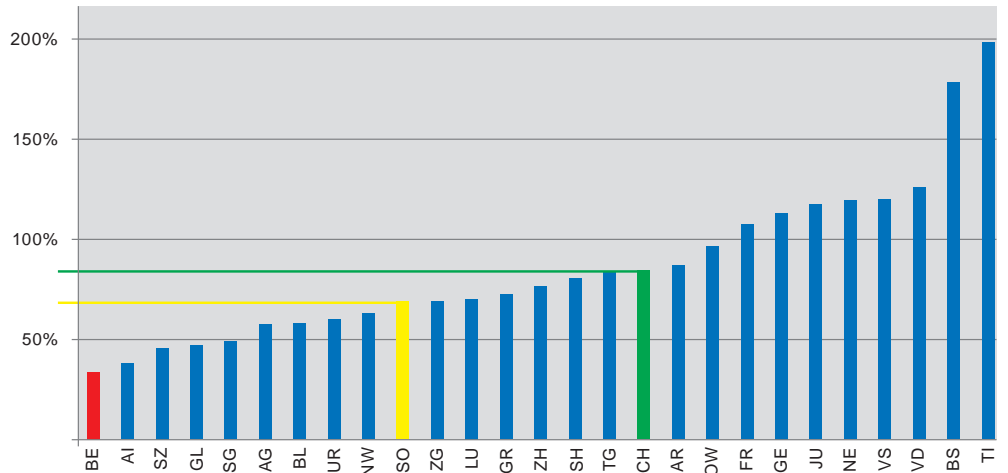
Der Kanton Solothurn hat im März darüber abgestimmt, ob er bei den Prämienverbilligungen für die Krankenkasse sparen will. Konkret ging es um die Frage, ob der Kanton seinen Beitrag auf 70 Prozent des Bundesbeitrages beschränken soll. Eine klare Mehrheit der Stimmberechtigten hat den Abbau abgelehnt. Mit guten Gründen: Ohne ein funktionierendes, faires Prämienverbilligungssystem wäre – zum Beispiel bei der Abstimmung über die soziale Einheitskasse – der Wechsel zu einem Finanzierungssystem mit einkommensabhängigen Krankenkassenprämien kaum so einfach verworfen worden.

Bern auf dem letzten Platz

Der im Kanton Solothurn abgelehnte Standard wäre für den Kanton Bern aber schon fast eine Errungenschaft. Denn es gibt keinen einzigen Kanton, der für die Prämienverbilligungen weniger Geld zur Verfügung stellt als Bern: Im Jahr 2013, also noch vor den Berner Sparmassnahmen, waren es lächerliche 33 Prozent des Bundesbeitrages (siehe Abbildung 1); nach dem Vollzug der Sparmassnahmen wird der Wert auf rund 25 Prozent absinken.

Dabei wären gute Prämienverbilligungen für den Kanton Bern wichtiger denn je. Abbildung 2 zeigt auf, wie sich die kantonalen Durchschnittsprämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung entwickelt haben. Sowohl in Bern als auch im gesamtschweizerischen Durchschnitt ging es stetig nach oben. Darüber hinaus zeigt

Abbildung 1: Kantonsanteil in Prozent des Bundesanteils an der Prämienverbilligung in den Kantonen, 2013



die Abbildung, dass die Prämien im Kanton Bern konsequent höher sind als im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Im Jahr 2015 haben gerade die Kantone Basel Stadt, Genf, Waadt und Basel Land eine höhere Durchschnittsprämie.

Aus guten Gründen kannte der Kanton Bern bisher die Vorgabe, dass mindestens 25 Prozent der Kantonsbevölkerung von einer Prämienverbilligung profitieren sollen. Diese Bestimmung trug den hohen Krankenkassenprämien Rechnung. Mit dem vom Grossen Rat beschlossenen Abbau kollabiert die Bezügerquote jedoch regelrecht. Abbildung 3 zeigt den Einbruch der Bezügerquote im Jahr 2014, wenn der Kanton Bern den beschlossenen Abbau von 24 Mio. Franken vollzogen hätte. In Tat und Wahrheit hat der Regierungsrat jedoch nicht 24 Mio. Franken, sondern 52 Mio. Franken abgebaut. Entsprechend wird der Wert noch wesentlich tiefer zu liegen kommen.

Jetzt Initiative unterschreiben

Umso wichtiger sind die Korrekturen, die mit dem Referendum «Nein zum Abbau bei den Prämienverbilligungen» und der Initiative «Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen» verlangt werden. Bitte unterschreiben Sie Referendum und Initiative noch heute (www.praemienverbilligungen.be).

Blaise Kropf

Abbildung 2: Standardprämien Krankenversicherung im Kanton Bern und im Schweizer Durchschnitt

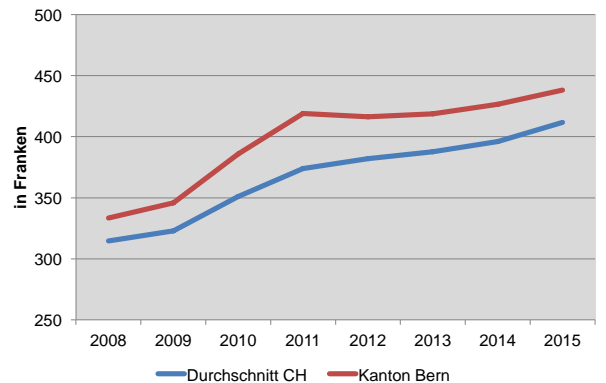
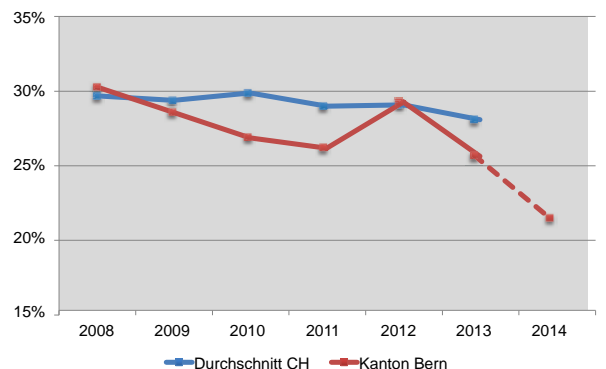


Abbildung 3: Bezügerquote von Prämienverbilligungen im Kanton Bern und im Schweizer Durchschnitt



Quelle: Statistik der obligatorischen Krankenversicherung, BAG, diverse Jahre. Bei Abbildung 3 ist der Wert fürs 2014 auf der Basis der Angaben im Vortrag des Regierungsrates zur Revision des EG KUMV errechnet.

Herausforderungen – Défis

Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud (SP) war 2007 zum letzten Mal Gast an einer Hauptversammlung des *vpod region bern*. Höchste Zeit also, wieder das Gespräch mit dem für den Hauptteil des *vpod*-Organisationsgebiets zuständigen Regierungsmitglied zu suchen. 2007 hatte Philippe Perrenoud – frisch im Amt als Regierungsrat – über seine Vision eines Integrationspakts referiert. Acht Jahre später hat er die anspruchsvolle Aufgabe, Veränderungsprozesse in fast allen Sektoren des Gesundheits- und Sozialwesens zu führen (Seiten 4 und 5). Wie gelingt ihm das? Wo stecken Risiken, wo Chancen? Darüber wollen wir uns mit ihm aus gewerkschaftlicher Sicht unterhalten.



La dernière intervention de M. Philippe Perrenoud (PS) à l'occasion d'une assemblée générale du ssp région berne remonte à 2007. Il était donc grand temps de renouer le dialogue avec le membre du Gouvernement cantonal compétent pour la partie principale du champ d'organisation de notre syndicat. En 2007, le magistrat fraîchement élu nous avait entretenus de sa vision d'un pacte d'intégration. Huit ans plus tard, il est investi de la tâche exigeante consistant à conduire des changements dans la quasi-totalité des secteurs de la SAP (p. 4 et 5). Comment cela lui réussit-il ? Quels sont les risques, les chances de ces mutations? Autant de questions sur lesquelles nous voulons discuter avec lui dans l'optique syndicale.

Einladung zur Hauptversammlung 2015

Ihr seid zur Hauptversammlung der Sektionen *vpod bern kanton* und *vpod bern bundespersonal* herzlich eingeladen.

Montag, 11. Mai, ab 18.00 Uhr, «Lädere» (Technische Fachhochschule), Lorrainestr. 3, Bern

18.00 Uhr Apéro

18.30 Uhr Herausforderungen im Gesundheits- und Sozialwesen

Referat von Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud mit anschliessender Diskussion

Ca. 19.30 Uhr Traktanden statutarischer Teil

1. Protokoll der Hauptversammlung der Sektionen Bund und Kanton vom 27. Mai 2014
2. Jahresbericht 2014 und Arbeitsschwerpunkte 2015
3. Wahl der Sektionsvorstände und der Präsidien Bund und Kanton
4. Information über Rechnung 2014 und Budget 2015
5. Anträge
6. Verschiedenes

Anträge für die HV bitte bis Donnerstag, 7. Mai 2015 im Sekretariat einreichen.

Convocation à l'Assemblée générale 2015

Vous êtes cordialement invité-e-s à prendre part à l'assemblée générale des sections *ssp berne canton* et *ssp berne personnel* de la confédération.

Lundi, 11 mai, dès 18 h, «Lädere» (Technische Fachhochschule), Lorrainestr. 3, Berne

18 h Apéro

18 h 30 Les défis lancés aux systèmes sanitaires et sociaux

Exposé du conseiller d'État Philippe Perrenoud, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale du canton de Berne

Env. 19 h 30 Ordre du jour, partie statutaire

1. Procès-verbal de l'AG des sections Canton et Confédération du 27 mai 2014
2. Rapport annuel de 2014 et activités principales en 2015
3. Élections du comité et de la présidence des sections Canton et Confédération
4. Information sur les comptes 2014 et le budget 2015
5. Propositions
6. Divers

Prière de remettre au secrétariat les propositions à l'AG d'ici au jeudi, 7 mai 2015.

Achtung: Baustellen im Gesundheits- und Sozialwesen

Wer gedacht hatte, dass mit der Revision des Spitalversorgungsgesetzes im Jahr 2013 die grösseren Baustellen im Gesundheits- und Sozialwesen vorerst einmal bewältigt wären, sieht sich heute eines Besseren belehrt: Sowohl in der Gesundheit (Spitäler, Psychiatrie, Langzeitpflege) als auch im Sozialen (Sozialhilfe, Menschen mit einer Behinderung, Kindertagesstätten) stehen gewichtige Entscheidungen an. Und überall drohen aufgrund der ungenügenden Lohnentwicklung personalpolitische Spannungen. Die Themen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen geraten oft in Vergessenheit – wenn nicht gerade irgendwelche Polit- oder Medienkampagnen geführt werden. Auf dieser Doppelseite bietet der vpod deshalb einen Überblick über die grössten Baustellen im Gesundheits- und Sozialwesen. An unserer Hauptversammlung vom 11. Mai werden wir diese Themen zusammen mit Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud diskutieren (siehe Seite 3).



Diskussion über Spitalstandorte

Unter der Führerschaft von SVP-Politiker Rudolf Joder wird bald darüber abgestimmt, ob weiterhin alle heutigen Spitalstandorte als Akutspitäler geführt werden. Ein Gegenvorschlag des Regierungsrats ist in Arbeit. Der vpod wird diesen Gegenvorschlag genau unter die Lupe nehmen, denn der Inhalt der Initiative ist zwar sympathisch, aber höchst problematisch: Eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung heisst, dass die PatientInnen überall in hochstehender Qualität behandelt und gepflegt werden. Das braucht das nötige Fachpersonal, das arbeitsgesetzkonform arbeitet und gut entlohnt wird. Das kostet. Wir verlangen, dass der Kanton die ausreichende Finanzierung aller Spitäler sicherstellt.



Lohn-Schere öffnet sich

Die Lohnschere zwischen Kantonsangestellten einerseits und den Angestellten im Gesundheits- und Sozialwesen andererseits öffnet sich immer dramatischer. Für die Staatsangestellten standen in den letzten vier Jahren 5,5 Prozent Lohnsumme für Lohnerhöhungen zur Verfügung – in den GAV-Spitälern nur 2,4 Prozent. Der Vergleich zwischen der Stufenverteilung beim Kanton und derjenigen in den Spitälern (2014) zeigt: Beim Kanton wurden den Mitarbeitenden durchschnittlich 2,7 Stufen gewährt – in den Spitälern gingen hingegen mehr als die Hälfte der Leute leer aus. Da tickt eine Zeitbombe. Der vpod fordert, dass in den subventionierten Institutionen genügend Mittel für die Lohnentwicklung bereit stehen.



Im Gesundheits- und Sozialwesen gibt es unzählige Baustellen. Wir bieten einen Überblick.

Betreuungsgutscheine für Kindertagesstätten

Die Stadt Bern hat beschlossen, ihr Kita-Angebot über Betreuungsgutscheine zu finanzieren. Um diesen heute nicht vorgesehenen Finanzierungsmodus zuzulassen, braucht es eine Gesetzesänderung. Dabei stellt sich die Frage, ob das System im ganzen Kanton oder nur in einzelnen Gemeinden ermöglicht werden soll. Da Betreuungsgutscheine nur in Kombination mit einem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz möglich sind, hätte der Wechsel grosse Auswirkungen auf Angebot und Mittelbedarf. Die Diskussionen dazu sollen in den nächsten Jahren geführt werden; die Gesetzesänderungen sind per Mitte 2018 vorgesehen. Für den vpod steht im Zentrum, Anstellungsbedingungen und Qualität des Angebots zu sichern.

Gute Pflege für Betagte

Viele Menschen verbringen ihren letzten Lebensabschnitt in einem Pflegeheim. Leider haben diese Heime nicht immer den besten Ruf. Der Gesamtarbeitsvertrag für die Langzeiteinrichtungen gibt Gegensteuer und schützt die Anstellungsbedingungen des Personals besser. Gleichwohl bleibt der Kanton in der Pflicht: Es braucht mehr Aufsicht und mehr Personal. Mit einem Schlüssel von 50 Prozent Assistenzpersonal, 30 Prozent Fachangestellten Gesundheit und 20 Prozent diplomierten Pflegefachleuten ist eine menschliche Pflege bis zum Tod kaum zu bewältigen. Übrigens: Ein GAV fehlt nun noch bei der Spitex; wir fordern vom Kanton Unterstützung und Vorgaben, um die Blockadehaltung der Arbeitgeber zu überwinden.



Privatisierte Psychiatrie schützen

Was der vpod nie wollte, wird Realität: Die psychiatrischen Kliniken werden aus der Kantonsverwaltung ausgelagert und künftig als Aktiengesellschaft geführt. Die Aktienmehrheit wird zwar dem Kanton gehören. Bei den Spitälern erleben wir aber bereits heute, was eine Auslagerung bedeutet: Der Kanton zeigt sich punkto Finanzierung der subventionierten Betriebe äusserst knauserig. Der vpod fordert, dass das Psychiatriepersonal dem Spital-GAV unterstellt wird und der Besitzstand gewahrt bleibt. Weitergehende Auslagerungen würden wir unerbittlich bekämpfen. Der Kanton muss die Institutionen finanziell so ausstatten, dass sie ihre Aufgabe in hochstehender Qualität weiterführen können.



Subjektfinanzierung im Behindertenbereich

Der Grosse Rat hat vor längerem beschlossen, dass die Leistungen im Bereich von Menschen mit einer Behinderung künftig im Rahmen der sogenannten Subjektfinanzierung finanziert werden sollen. Das setzt umfassende Grundlagenarbeiten voraus. Derzeit ist der Kanton damit beschäftigt, das sogenannte «Verfahren zur individuellen Bedarfsermittlung und Leistungsbemessung (VIBEL)» zu erproben. Das neue Finanzierungssystem muss dann in einer Sozialhilfegesetzrevision umgesetzt werden. Der politische Prozess dazu wird in den Jahren 2016 und 2017 stattfinden. Der Handlungsdruck aus gewerkschaftlicher Sicht ist gross, weil die Anstellungsbedingungen des Personals gesichert werden müssen.



Stetiger Abbau bei Sozialhilfe

Die Sozialhilfe steht unter Dauerbeschuss. Im September 2013 hat der Grosse Rat eine Motion von Ueli Studer (SVP) überwiesen, die eine zehnprozentige Kürzung der Sozialhilfe verlangt. Jüngst hat das Parlament gar noch weitere Abbauvorschläge beschlossen. Eigentlich bräuhete es zu deren Umsetzung eine Gesetzesrevision; allerdings hat der Regierungsrat einen Teil des Sparvolumens leider bereits mit Verordnungsrevisionen (u.a. Kürzung Integrationszulagen) vollzogen. Gleichwohl startet in wenigen Wochen die Vernehmlassung zur Revision des Sozialhilfegesetzes; die Beratungen im Grossen Rat finden im ersten Halbjahr 2016 statt. Der vpod wird alles daran setzen, um zusätzlichen Abbau zu verhindern.



Spitex-Chef beim vpod

Kurzfristig meldete sich Philip Steiner, der Geschäftsführer von Spitex Bern, zur letzten Sitzung der vpod-Spitex-Gruppe an. Das Personal hat ihn mit kritischen Rückmeldungen zum Produktivitätsdruck konfrontiert, und eine engagierte und spannende Diskussion ist entstanden.

Anlass für die Teilnahme von Geschäftsführer Steiner an der vpod-Sitzung war das gewählte Schwerpunktthema «Produktivitätsdruck». Spitex Bern hat neu individuelle Produktivitätsziele eingeführt. Philip Steiner sprach lieber von «verrechenbaren Stunden», denn Mitarbeitende der Spitex Bern seien hoffentlich immer produktiv. Eine simple Unterscheidung in «produktiv» und «nicht produktiv» sei in der Spitex-Branche nicht zielführend. Aber nur ein gewisser Teil der Arbeitszeit könne den Krankenkassen und dem Kanton in Rechnung gestellt werden. Die Rahmenbedingungen seien eng, das Geld sei knapp und so müsse auch bei der Spitex Bern der Anteil verrechenbarer Zeit mit dem Anteil nicht verrechenbarer Zeit je nach Berufsgruppe und Betrieb in einem vertretbaren Verhältnis stehen. Dort wo dies noch nicht der Fall sei, werde mit den Mitarbeitenden die Situation gemeinsam analysiert und besprochen, die kritischen Bereiche identifiziert und konkrete Massnahmen würden definiert. Wer sich in diesen Prozesse einbringe, werde konsequenterweise zu den anderen Mitarbeitenden aufschliessen können. «Wer sich in den Prozess nicht einbringen will, muss bereit sein, die Konsequenzen zu tragen», sagt der Geschäftsführer.

Druck vergiftet das Klima

Die Mitarbeiterinnen ihrerseits beschwerten sich an der Versammlung über den ausgeübten Druck. Sie fühlen sich als langjährige Mitarbeitende gekränkt durch die ständige Überprüfung der Zahlen.



Der Druck vergifte das Arbeitsklima und führe dazu, dass diejenigen bestraft würden, welche hilfsbereit seien und zusätzliche «unproduktive» Aufgaben im Team übernehmen. Die Massnahme erschwere das Zusammenwachsen der neuen Teams. Die Arbeit mit den KundInnen sei gut, aber die Zeit für Fallbesprechungen und der Austausch im Team komme immer mehr unter Druck. Dieser Austausch sei genauso wichtig, wie die verrechenbare Zeit, denn ohne fachlichen Austausch im Team leide auch die Pflegequalität. Sie seien durchaus offen für Verbesserungen. Mehr Druck sei aber der falsche Weg. Statt hohe Prämien für die Vermittlung neuer MitarbeiterInnen zu zahlen, solle besser zum bestehenden Personal geschaut werden.

Dialog geht weiter

Trotz der deutlichen Kritik zeigte sich der Geschäftsführer erfreut, dass das Gespräch beim vpod in einem konstruktiven Rahmen stattfand. Weiteren Gesprächen in diesem Rahmen verschliesse er sich nicht. Einem offenen Dialog direkt mit der Basis sehe er entgegen, denn direktes spontanes

und persönliches Feedback fliesse noch nicht überall gleich gut, obschon die Präsenz der Führung in den Betrieben in den letzten sechs Monaten höher gewesen sei als in der Zeit davor. Erfreulich für den vpod ist, dass mit der Teilnahme von Philip Steiner wieder ein Schritt in Richtung einer sozialpartnerschaftlichen Annäherung getan werden konnte. Im vpod will die Spitex-Gruppe am Thema Produktivitätsdruck dranbleiben – das nächste Mal bereits am Treffen vom 2. Juni ab 17.15 Uhr im vpod-Sekretariat. Wünschenswert wären auch Erfahrungen andere Spitex-Betriebe. Wir heissen alle an der Sitzung willkommen.

Christof Jakob

Spitex-GAV

Cja. 559 Spitex-Angestellte aus 20 Betrieben haben vpod und sbk mit ihrer Unterschrift beauftragt, im Kanton Bern einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Spitex auszuhandeln. Gestärkt durch diese Petition sind die Personalverbände mit konkreten Vorschlägen an den Spitexverband gelangt und fordern, dass die GAV-Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Ziel ist ein GAV für Pflege und Hauswirtschaft, welcher für alle öffentlichen und privaten Spitexbetriebe verbindlich wird.

Mehr Chancengleichheit in der Bildung

Das Initiativkomitee will eine Lösung für die ganze Schweiz. Der Bund will ein Konkordat – damit würde eine einheitliche Lösung im Stipendienwesen weiterhin freiwillig bleiben. Der vpod unterstützt darum die Initiative.

Stipendien werden, entgegen der gängigen Meinung, nicht ausschliesslich an Studierende von Universitäten und ETHs ausgerichtet. Stipendien erhalten auch die Studierenden der höheren Berufsbildung, wenn sie nach einer Lehre weiterführende Zusatzausbildungen an einer Fachschule absolvieren. Mit der Annahme der Initiative würde auch die Wirtschaft profitieren: Mehr Berufleute könnten sich zu Fachpersonen weiterbilden, weil sie ein Stipendium erhalten, das ihnen eine Ausbildung ermöglicht, bei der nebenbei nicht gearbeitet werden kann. Dies gilt insbesondere auch für Berufe im Gesundheitswesen. Die Initiative ist also auch eine Antwort auf den Fachkräftemangel und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Die Mehrausgaben bei den Bundesfinanzen wären eine wertvolle Investition in die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Die Höhe der Stipendien fällt in den Kantonen unterschiedlich aus, wobei in der Westschweiz eher höhere Beiträge ausbezahlt werden, als in der deutschen Schweiz. Die Initiative will diese Praxis vereinheitlichen und verlangt «einen minimalen Lebensstandard» für Studierende. Der Kanton Bern gehört zu den Kantonen mit dem schlechtesten Zugang zu Stipendien und den tiefsten Ansätzen. Wurden 2004 noch fast 48 Millionen Franken an Stipendien ausgerichtet, waren es 2013 weniger als 27 Millionen Franken. Die Verordnung wurde 2012 zwar geändert, die Bezugsberechtigung und die Ansätze wurden jedoch nur geringfügig angepasst, so dass in Zukunft mir rund 30 Millionen gerechnet wird.

Der Bund reagierte auf die Initiative mit einem indirekten Gegenvorschlag: Ein Konkordat soll das Stipendienwesen harmonisieren. Kantone die sich dem Konkordat nicht anschliessen, sollen keine Bundessubventionen mehr erhalten. Verbindliche Kriterien und Beitragssätze wurden jedoch nicht definiert. Somit verbleibt viel Spielraum für die Definition der Höhe der Stipendien und das Anspruchsrecht.



JA zur Stipendieninitiative

Ja zur Stipendien-Initiative ist ein JA zur Chancengleichheit

Stipendien sind der einzige Garant für die tatsächliche Chancengleichheit in der Aus- und Weiterbildung und sichern für alle, unabhängig von der sozialen Herkunft, den Zugang zu Aus- und Weiterbildung. Der vpod Schweiz unterstützt die Initiative seit Beginn. Wir bitten euch dies ebenfalls zu tun und am 14. Juni JA zu stimmen zur Stipendieninitiative.

Weitere Informationen:
www.stipendieninitiative.ch

Béatrice Stucki

Bestellung – Anmeldung – Mitgliedschaft

Talon

Anmeldungen auch an: info@vpodbern.ch

- Schickt mir ___ weitere Bogen, ich sammle Unterschriften für die Initiative zur Prämienvorbereitung bei den Krankenkassen
- Der vpod interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem vpod beitreten.
- Ich mache Mitgliederwerbung für den vpod, schickt mir ___ Expl. Beitrittsunterlagen

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Beruf _____

Arbeitsort _____

Einsenden an: **vpod bern**, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Telefon 031 371 67 45, Fax 031 372 42 37, E-Mail: info@vpodbern.ch

Veranstaltungen

1. Mai: Maifeier

«Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung» ist der Slogan des 1. Mai. In Bern startet um 11 Uhr der Umzug von der Kramgasse zum Bundesplatz. Nach den Reden gibt es Essen, Kinderprogramm und Konzert bis ca. 22 Uhr. Details zu allen Maifeiern auf www.sgb.ch.

5. Mai: GAV fürs Inselspital

Was ist ein Gesamtarbeitsvertrag und was würde es heissen, wenn auch das Unispital dem GAV unterstellt wird? Ein Anlass der *vpod* Gruppe Insel-Spital und Spital-Netz Bern. Dienstag, 5. Mai 17.30 Uhr, Frauenklinik Inselspital, Kursraum D 103

6. Mai: *vpod*-Gruppe SZB

Im Spitalzentrum Biel treffen sich die *vpod*-Mitglieder und Interessierte zum Austausch über Fragen des Arbeitsplatzes. Der Anlass ist *billingue*. Mittwoch, 6. Mai 16.30 Uhr, Spitalzentrum Personalrestaurant

11. Mai: HV *vpod* mit Regierungsrat Perrenoud

Montag, 11. Mai 18 Uhr Apéro, 18.30 Uhr Beginn HV (neue Uhrzeit) in der Aula der «Lädere» (Technische Fachschule), Lorrainestrasse 3, Bern. Detaillierte Einladung auf Seite 3.

2. Juni: Gruppe Spitex

Die Gruppe Spitex bleibt dran am Thema «Produktivitätsdruck» (vgl. Text Seite 6). Dienstag, 2. Juni 17.15 Uhr Apéro, 17.30 Uhr Sitzungsbeginn beim *vpod*, Monbijoustr. 61, Bern (Sitzungszimmer movendo)

14. Juni: Abstimmungssonntag

Der *vpod* empfiehlt bei den eidg. Abstimmungen vom 14. Juni: Ja zur Stipendieninitiative, Ja zur Volksinitiative «Erbenschaften besteuern für unsere AHV» und Ja zum Bundesgesetz über Radio und Fernsehen.

5. September: 100 Jahre Zimmerwalder Konferenz

Arbeit und Bildung Bern abb und Robert-Grimm-Gesellschaft organisieren dieses Jahr zahlreiche Anlässe zum 100-jährigen Jubiläum der Zimmerwalder Konferenz vom 5. September 1915. Am 5. September findet die Tagung «Die internationale ArbeiterInnenbewegung und der Kampf für den Frieden, heute und morgen» u.a. mit Gregor Gysi und Christian Levrat statt. Mehr dazu auf www.zimmerwald1915.ch.

Mehr Infos zu aktuellen Veranstaltungen auf www.vpodbern.ch

Aktuell

■ **Personalbefragung beim Bund**

Cja. Alle drei Jahre wird in der Bundesverwaltung eine Gesamtbefragung des Personals durchgeführt. Die Ergebnisse der neuen Befragung liegen nun vor. Der grösste Handlungsbedarf zeigt sich bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Auffallend schlecht werden die Möglichkeiten, flexibel zu arbeiten, beurteilt. An einem Treffen von *vpod*-Vorstand und Vertrauensleuten der Bundesverwaltung wurde diskutiert, wo die Gründe dafür liegen. So ist z.B. Telearbeit theoretisch möglich, aber viele stellen nicht einmal ein Gesuch, weil sie wissen, dass dieses dann sowieso abgelehnt wird. Auch die Resignation ist deutlich höher als der Benchmark ähnlicher Grossbetriebe und die oberste Führung schneidet nicht besonders gut ab. Der *vpod* setzt sich jetzt im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Gespräche dafür ein, dass Konsequenzen aus den Umfrageergebnissen gezogen werden – gerade auch in Verwaltungseinheiten, die besonders schlecht abgeschlossen haben wie z.B. MeteoSchweiz, IVI und Agroscope.

■ **Neue Sparpläne beim Bund**

Cja. Bundesrätin Widmer-Schlumpf hat ab 2016 ein Nullwachstum beim Stellenbestand angekündigt und will damit gegenüber dem Budget 130 Millionen Franken sparen. Die Parteipräsidenten von SVP, FDP und CVP wollen im «Massnahmenpaket zur Stärkung des Standorts Schweiz» gar 227 Millionen Franken (3%) beim Bundespersonal und zusätzlich 200 Millionen bei externen Mitarbeitenden sparen. Zudem sollen diese Kosten bis 2019 eingefroren werden. Es bleibt zu hoffen, dass die bürgerlichen ParlamentarierInnen noch rechtzeitig erkennen, dass ein starker Wirtschaftsstandort Schweiz auch viel mit einer gut funktionierenden Verwaltung zu tun hat. Die Personalverbände engagieren sich nun gemeinsam gegen den geplanten Abbau beim Bundespersonal.